

„Es gibt wohl kaum Länder in Europa, die einander derart ähneln wie Russland, die Ukraine und Belarus. Mit Ausnahme Galiziens, der Karpatenukraine und der Bukowina waren sie mehr als zweihundert Jahre Teil desselben Staates und derselben Kulturregion. Die drei „Brudervölker“ haben dieselben sprachlichen und ethnischen Wurzeln sowie weitestgehend dieselbe Religion. [...] Nicht alle sprechen Ukrainisch oder Belarussisch, aber fast alle beherrschen Russisch. Man verwendet dieselben Anspielungen, Redewendungen und Schimpfwörter. Es gibt mehr Menschen ukrainischer Herkunft in Russland als Russen in der Ukraine, wobei die Grenze zwischen diesen beiden Völkern ohnehin sehr schwer zu ziehen ist. [...] In ihren Grundstrukturen und wesentlichen Problemen unterscheiden sich die Gesellschaften der Ukraine und Russlands auch dreißig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion kaum. Zum Erbe des einst „real“ existierenden Sozialismus gehören Korruption, Vetternwirtschaft und die Macht von Oligarchen, unterentwickelte demokratische und rechtliche Strukturen, hohe Gewaltbereitschaft, Alltagsfaschismus und patriarchales Denken gepaart mit Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. [...]“¹ Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch und der heißt Putin und sein imperialistisches und faschistisch gewendetes Terrorregime: „Putin ist ein Verhängnis“²

Vorbemerkungen

Der Überfall auf die Ukraine hat eine Flüchtlingswelle gigantischen Ausmaßes ausgelöst, die offensichtlich die Ereignisse des Jahre 2015 in den Schatten stellen wird. Die Politik hat zumindest, was Aufenthaltsrecht und Arbeitsmöglichkeiten betrifft, schnell und kulant reagiert, NGOs und Zivilgesellschaft leisten Großartiges. Trotzdem: Die Rahmenbedingungen sind prekär: Wir befinden uns im Schnittpunkt mehrerer Krisen, einer noch nicht überstandenen Pandemie, einer Klima-Krise, einer Energiekrise, der Ukraine-Krise, ... und sie alle überlagert eine ganze Kaskade innenpolitischer Krisen.

Das Bildungswesen, um das es im vorliegenden Text in erster Linie geht, hat schwer mit der unbewältigten und elendig gemanagten Corona-Pandemie zu kämpfen. Die Realität in den Kindergärten und den Schulen ist aktuell z.T. dramatisch, weil die hohen Krankenstände einen „Normalbetrieb“ zur Illusion werden lassen. Dazu kommt noch eine sich abzeichnende Welle von aus der Ukraine vertriebenen Kindern und Jugendlichen, die eine entsprechende pädagogische und vor allem eine professionelle psychologische Betreuung benötigen. Auch die einheimischen Kinder und Jugendlichen sind sowohl von der Pandemie als auch von der Ukraine-Krise psychisch belastet. Viele Schulen werden diese Aufgaben im Notbetriebsmodus kaum stemmen können, vor allem, was die psychische und psychosoziale Betreuung betrifft (eine Fachkraft auf 5000 Schüler), die in Österreich bisher auch schon im europäischen Maßstab skandalös unterentwickelt war und ist. Im Augenblick ist die Zahl der ukrainischen Kinder, die beschult werden müssen, noch überschaubar, steigt aber stetig. Auf lokaler Ebene ist einiges im Laufen, es gibt Aufrufe an Ukrainisch- bzw. Russischsprachige sich für den Einsatz im Betreuungs- und Bildungsbereich zu melden undgl. um einen entsprechenden Unterricht zu organisieren. Die Situation wird sich sicher mit großer Bestimmtheit zuspitzen, für die Bewältigung der Probleme braucht es taugliche Konzepte, die Institutionen sind für die aktuelle Situation nicht vorbereitet und allein schon mit der Pandemie schon überlastet. Deutschland muss sich möglicher Weise auf bis zu 400.000 geflüchtete ukrainische Schulkinder einstellen, für deren Betreuung 24.000 Lehrkräfte benötigt würden³.

¹ Vladimir Vertlib: Sie waren doch wie Brüder. In: Die Presse, Spektrum, 5.3.2022, S.1-2

² Interview mit dem Historiker Karl Schlögel. In: Standard 13.3.2022

³ <https://science.apa.at/power-search/8718500157563394853> (14.4.2022)

Temporäre Solidarität mit den Flüchtlingen

Solidarität mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine – Ukrainisch- wie Russischsprachigen – ist angesagt und Pflicht. Noch vor wenigen Wochen wurden (und werden nach wie vor) an der polnisch-weißrussischen Grenze Flüchtlinge aus dem Irak, Syrien, Afghanistan, Somalia etc. von Soldaten bzw. der Exekutive an der polnisch-belarussischen Grenze menschenrechtswidrig traktiert, nicht wenige wurden dem Hunger- bzw. Erfrierungstod preisgegeben. Die seit dem 24.2.2022 erfolgte totale Kehrtwende ist daher schon erstaunlich (aber doch auch wieder irgendwie verdächtig). Diese unterschiedlichen Standards beim Umgang mit Kriegsvertriebenen sind ein Beweis dafür, dass Menschenrechte in der Praxis doch nicht universell, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe etc. gelten. Zu fürchten wird die Zeit sein, wenn die aktuelle positive Einstellung gegenüber den Flüchtlingen aus der Ukraine mit der steigenden Zahl, mit zunehmenden Problemen, Widersprüchlichkeiten udgl. verfliegt, vor allem dann, wenn sich die beginnende Hetze der westlichen Putinanhängerschaft, die sich zusehends zu einer verwirrenden Ideologie mit einem Teil der Coronaleugner verschwurbelt, in den sozialen Medien noch weiter verstärkt und ein vergiftetes gesellschaftsspaltendes soziales Klima erzeugt.

Prognosen wie die von Francis Fukuyama (aber auch von verschiedenen Militärexperten), wonach die Chancen für Putin perspektivisch nicht gut stehen als Sieger aus dem Konflikt hervorzugehen, haben etwas für sich, sie mögen aber doch zu optimistisch erscheinen.⁴ Putin hat sein letztes Pulver noch nicht verschossen (und das könnte in letzter Konsequenz Atomwaffeneinsatz in der Ukraine bedeuten). Auch für den Historiker Karl Schlögel scheint es fest zu stehen, dass Putin diesen Krieg verlieren wird. Doch auch wenn er von der politischen Bühne abtritt, „ist noch nichts vorbei.“ Was für ein Regime in Russland dann die Macht übernehmen wird, ist die große Frage. Ausgeschlossen ist nichts: Es könnte nach dem Desaster sogar zu einer demokratischen Wende kommen (die hoffnungsvolle Variante), wenn aber nicht (die wahrscheinlichere, grauenhaftere Variante), was dann? Diese Ungewissheit hält uns alle gefangen. Auch wie viele Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, tatsächlich wieder zurückkehren werden, hängt vor allem davon ab, welche ökonomischen, politischen etc. Perspektiven dieses Land in absehbarer Zeit bieten kann. Im Augenblick geht es in den Aufnahmeländern um temporäre Integration, Schaffung von Unterkünften, Arbeitsplätzen usw. Ganz besonders steht aber die schulische Betreuung im Vordergrund.

Beziehung zu kritischen russischen Hochschulen, Aufrechterhaltung und Verstärkung des akademischen Diskurses

Der westliche Diskurs ist aktuell geprägt vom Gedanken des Boykotts und Abbruchs von Beziehungen zum offiziellen Russland. Aus dem Bauchgefühl heraus Kontakte mit allem Russischen zu kappen als Reaktion auf das völkerrechtswidrige und kriegsverbrecherische Verhalten der russischen Regierung ist als spontane Reaktion quasi nachvollziehbar aber trotzdem falsch. Vereinfachendes Sortieren in die „Guten“ und in die „Bösen“ ist allzu verlockend. Von einer Verbrecherclique, die eigentlich vor den Internationalen Gerichtshof gezerrt gehört und die ein ganzes Land in Geiselhaft hält, allzu schnell auf das ganze Volk zu schließen, bzw. die Herkunft / ethnische Zugehörigkeit zum Hauptunterscheidungsmerkmal für diverse Zuordnungen sind Denkweisen, die in letzter Konsequenz rassistische Muster aufweisen. Wir wissen, dass viele russische Universitäten, Forschungsinstitutionen und insbesondere ihre Angehörigen unter enormem Druck seitens des Regimes stehen, dass viele Einzelpersonen ihre Existenz riskieren, mit langjährigen Gefängnisstrafen bedroht werden, wenn sie sich nicht (öffentlich) systemkonform äußern und verhalten. Ihnen sollte vom Westen geholfen werden, unter der Patronanz des Westens könnten z.B. auch russische und ukrainische Forscher und Forscherinnen zusammengebracht werden (durch Stipendien, gemeinsame Projekte usw.),

⁴ Preparing for Defeat (americanpurpose.com) (19.03.2022)

ihnen könnten sichere Plattformen angeboten werden sich auszutauschen, etc. Derartige Überlegungen hat der kürzlich verstorbene ehemalige Wissenschaftsminister E. Busek formuliert: „Die Universitäten sollen die Kontakte zu Russland auf jeden Fall beibehalten! Wissenschaftliche Kooperation und persönliche Kontakte sind eine notwendige Brücke nach Russland und überhaupt in alle Richtungen. Diese Kontakte sind eine Chance, Meinungen im akademischen Bereich in Russland und anderswo zu beeinflussen und Diskussionen darüber zu führen, was in der schrecklichen Situation geschehen muss.“⁵ Damit vertritt Busek eine diametral konträre Position zu allen denen, die einen Kontaktabbruch zu allen russischen Partnerinstitutionen in Wissenschaft und Forschung empfehlen (darunter auch der derzeit zuständige Minister). Auch dem Präsidenten der deutschen Hochschulrektorenkonferenz, der den Abbruch der Beziehungen rechtfertigt, ist klar zu widersprechen, wenn er behauptet, dass es kaum möglich sei, in der russischen Wissenschaft zwischen Opponenten und Putin-Treuen zu unterscheiden. Fakt ist zwar, dass Rektoren (in Russland aber auch anderswo) politisch bestellt werden und dementsprechend (zumindest formell) staatsnah agieren (müssen). Da Diesbezüglich zu differenzieren schafften wir auch während des Kalten Krieges (etwa bei den Hochschullehreraustauschprogrammen), wir wussten, wer in welchem Verhältnis zum herrschenden Regime, der Kollegenschaft etc. stand. Vor allem eines: Die Ära Putin befindet sich in der Endphase (unabhängig, wie lange sie dauert), es gilt an diese Zeit danach zu denken, Brücken zu bauen (Motto „Rückkehr nach Europa“), neue Wege zu gehen, dafür braucht es Persönlichkeiten, mit denen der Dialog aufrecht erhalten bleibt und weiterhin möglich ist.

Differenzieren nach dem Prinzip *sine ira et studio* und nicht pauschal generalisierend zu agieren ist in einer emotional aufgewühlten Atmosphäre oft ein schwer zu erfüllendes Gebot. Und vor allem: Formale Dialog- und Diskursverweigerung ist der dominierende Stil autoritärer Regime und bestärkt sie in ihrer negativen Haltung (Putin orte eine generelle westliche Russophobie und nutzt diese als Argument für seine Propaganda und Rechtfertigung seiner „Spezialoperation“ aus).

So einfach und verlockend die Dämonisierung dieses Hauptakteurs auch ist, es kann nicht der Anteil der westlichen Länder an der Krise verdrängt werden. Das meint z.B. die oft kommentarlose (nahezu verständnisvolle, auf eigene wirtschaftliche Vorteile bedachte) Zurkenntnisnahme der immer offensichtlicher werdenden antidemokratischen, autoritären, großmachtschauvinistischen Tendenzen (bis hin zu ihren militärischen Umsetzungen) in den letzten Jahren, aber auch das geradezu schleimige Verhalten heimischer politischer Verantwortlicher und einflussreicher Wirtschaftstreiber gegenüber, das Andienen Österreichs als Ruhepol für diskrete und schonende Behandlung von Steuerangelegenheiten bis hin zur Geldwäsche, usw. und schließlich die fatale de facto Auslieferung der heimischen energiepolitischen Versorgung an die herrschende Clique im Kreml udgl. Selbst die Hinwendung der herrschenden politischen Elite Russlands zu einem imperialistischen und faschistischen Regime geschah (insbesondere durch die Rezeption der Schriften des „lupenreinen“ Faschisten von V. Iljin) allmählich und für alle, die es sehen wollten, auch erkennbar, wie dies eindrücklich T. Snyder beschrieben hat⁶.

Nach dem Beschluss einer Hochschule in Charkiv wäre zu erwarten gewesen, dass sich Hochschulleitungen verschiedenster europäischer Länder mit dieser betroffenen Institution solidarisch erklären, allfällige Hilfen anbieten, auch mit Hochschulen in Russland Kontakt aufnehmen, um Protest, Widerstand etc. zu demonstrieren und zu organisieren, usw. – alles besser als einfach die Kontakte zu kappen ... Die Universitäten hätten in ihren Internetauftritten solide Informationen über den Ukrainekrieg so platzieren (mit allerlei Verlinkungen mit verschiedenen Quellen, Forschungen usw.) können, dass, wer auch immer (aus Russland) westliche Universitäten per Internet kontaktieren will, sich obligatorisch mit objektiven, auf wissen-

⁵ E. Busek: in: Standard, 11.3.2022, S.7.

⁶ Timothy Snyder: Der Weg in die Unfreiheit. Russland Europa Amerika. München 2018

schaftlicher Recherche basierenden Inhalten auseinander setzen kann und muss. Diese Kommunikationsformen sind einfache Wege des Dagegenhaltens gegen Putins Propaganda, gegen die das Regime nicht so leicht vorgehen kann wie gegen die unabhängigen Medien in Russland.

Parteinahme für die und Solidarität mit der Ukraine darf auch nicht über die erheblichen demokratiepolitischen, rechtsstaatlichen etc. Defizite in diesem in seiner Existenz bedrohten Land hinwegtäuschen (vgl. Vertlib's Feststellungen, hier S.1). Sie müssen vor einem wiederholt geforderten raschen Beitritt der Ukraine zur EU beseitigt werden. Nicht übersehen werden darf auch, dass die augenblickliche Empathie für die Ukraine von einer latent vorhandenen mehr oder weniger offenen Russophobie (vgl. K. Kraus: „Jeder Russ an Schuss“) getragen wird. Diese Gemengelage macht eine differenzierte Sicht auf alle direkten und indirekten Mitspieler dieses Konfliktes (Russland, Ukraine, Weißrussland, Polen, Baltikum, die EU) umso notwendiger, vor allem, wenn wir daran denken, eine stabile und friedliche die Zukunft in dieser Region in einer künftigen Post-Putin-Ära denken.

Kulturbedingungen, Medienaustausch

In der westlichen Welt treibt die Ausgrenzungs- und Cancel-Kultur auf verschiedenen Gebieten sehr seltsame Blüten. Russische Musik aus den westeuropäischen Konzertsälen zu verbannen, Ausstellungen abubrechen russische Autoren zu boykottieren udgl. stützt eigentlich (neben selbstgerechter Befriedigung und (Selbst-)Bestätigung auf der richtigen Seite zu stehen) nur die ohnedies europaphobe demokratiefeindliche Ideologie der Putin-clique, trägt also kaum zur Unterstützung irgendwelcher Formen des Widerstandes oder des Dissenses in Russland bei und hilft auch der Ukraine nicht. Was kann Tschajkowskij dafür, dass 130 Jahre nach seinem Tod ein russischer Autokrat einen Angriffskrieg anzettelt. Diese Art von Cancel culture ist zu simpel gestrickt und auch offensichtlich absurd (grenzt an kulturellen Kannibalismus). Um dabei zu bleiben, müsste man dann nicht konsequenter Weise im Zuge des Kampfes gegen den Antisemitismus beispielsweise auch Richard Wagner (um nur einen Prominenten zu nennen) wegen seiner rabiaten antisemitischen Ausfälle von Konzertplänen sowie vom Programm der Opernhäuser streichen? Gemäß dieser Logik hätte nach der Niederwerfung des Nazifaschismus die deutsche Kultur pauschal – quasi Sippenhaftung – mit einem Bann belegt werden müssen, wäre demnach nicht auch analog dazu mit den ehemaligen Kolonialmächten, den Kriegern gegen den Terrorismus usw. zu verfahren? Im Furor eines populistischen Aktionismus wird Kultur zum Schlachtfeld gemacht, die russische Kultur einfach mit Putin (und seiner Clique) gleichgesetzt, womit man schließlich in einem blinden Cancel-Aktionismus endet, in einem Diskurs der verbrannten Erde. Dem gegenüber sind intelligentere, reflektierte Kommunikationsformen zu entwickeln und zu pflegen, die nicht Türen zu gemeinsamen Auswegen und Neuanfängen zuschlagen.⁷

Das weitgehend in der EU konsensual erfolgte Verbot der russischen Propagandasender und der Rückzug von westlichen Medien aus Russland ist allerdings durchaus zwiespältig zu bewerten. Der Einfluss russischer Medien in der EU (im Hinblick auf die Berichterstattung über den Ukrainekonflikt) ist überschaubar und ist in einer freien Mediengesellschaft leicht abzuwehren. Wenn in Russland aber auch keine westlichen Medien mehr arbeiten können, dann sind vor Ort auch keine alternativen Darstellungen und Informationen mehr möglich. Nachrichtenendungen, Diskussionen betreffend die Ukraine auf dem russischen Kanal 1 (Staatsfernsehen, Sendung Večer) sind schlicht unerträglich, trüben von Verleumdungen, Verdrehungen historischer Fakten, ... Was sich hier der Moderator (oder vielleicht treffender gesagt – Einpeitscher) einer Pseudodiskussionssendung Vladimir Solov'ov leistet – die ukrainischen Politiker werden pauschal als Faschisten, Nazis, Banderaanhänger, Banditen, Homosexuelle bezeichnet mit antisemitischen Ausfällen gegen den ukrainischen Staatspräsidenten –, ist

⁷Vl. Dazu: K. P. Liessmann - Spielt Schostakowitsch! - Wiener Zeitung Online (13.3.2022)

schwer erträglich. Das Niveau dieser Sendungen ist inhaltlich kaum zu unterbieten. Es ist (zumindest für im Westen Sozialisierte) schwer zu glauben, dass diese zur Staatsdoktrin geronnene hochemotional inszenierte reine Hetze, diese Ungeheuerlichkeiten jemand für bare Münze nehmen kann. Das Regime hat eindeutige Deutungshoheit, es gibt eineindeutige Interpretationen des Weltgeschehens vor und davon abweichende Ansichten werden z.T. mit drastischen Mitteln bekämpft. Wer nichtsystemkonforme Meinungen vertritt, wird öffentlich als Verräter gebrandmarkt, das alles kommt bei einer uninformierten und total meinungsmanipulierten Bevölkerung auch an- zumindest bisher. Die Staatsmacht blamiert sich dabei oft selbst: So haben absurde und z.T. hysterische Überreaktionen den Weg in die westlichen Medien gefunden, wenn z.B. die Polizei einschreitet, weil sich ca. zwei Dutzend Personen zu einem spontanen Kreistanz auf offener Straße zusammen finden, oder weil jemand ein unbeschriebenes Plakat in die Höhe hält und deshalb verhaftet wird, usw. Beispiele dieser Art sind Legende. Der herrschende Staatsterror weckt kreatives Potenzial das herrschende Unrechtsregime bloßzustellen (das hat durchaus in der russischen Kulturgeschichte Tradition). Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft, Medien u.a., die in Russland wegen ihrer demokratischen weltoffenen Haltung diskriminiert, schikaniert werden, benötigen Unterstützung von außen und nicht Isolation. Es ist ein fatales Versäumnis, dass westliche Demokratien in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Russland, aber auch in der Ukraine und in Belarus beigetragen haben – um ja nicht (eigene) wirtschaftliche Interessen zu gefährden.

Der Rückhalt in der Bevölkerung ist in Russland für das Regime Putin im Augenblick noch groß (zumindest scheint es so), aber ganz sicher nicht nachhaltig stabil. Wenn militärische Erfolge ausbleiben bzw. sich nicht so einstellen wie versprochen, die Opferzahlen steigen und nicht mehr zu vertuschen sind, die wirtschaftliche Situation für immer mehr Menschen prekärer wird, sich die Staatspropaganda immer mehr von der Realität entfernt, dann wird auch die Unterstützung für das Regime so brüchig, dass auch die wachsende staatliche Repression den Prozess des wachsenden Widerspruchs und Dissenses nicht nachhaltig aufhalten können wird. Man kann davon ausgehen, dass bis zu einem Regimewechsel in Russland noch sehr sehr viele Opfer zu beklagen sein werden.

Noch ein Aspekt: Das Putin-Regime kann nicht so ohne Weiteres digitale Medien und Kanäle (wie die überaus populären Youtube, Telegram u.a.) völlig sperren, weil sie von der Bevölkerung in erster Linie zur Unterhaltung genutzt werden. Ein totales Wegsperren dieser Medien würde auch einen unkontrollierbaren Widerstand und Misstrauen hervorrufen. Daher toleriert sie das Regime noch.

Schulpolitische Maßnahmen

Verunsicherung, Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas hervorgerufen durch die emotional hochgekochten Kontroversen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, durch die Energiekrise, die Ukraine Krise u.a. lasten schwer auf den Kindern und Jugendlichen. Diese Atmosphäre schlägt sich letztlich auch immer stärker in den Klassenzimmern nieder. Die Frage ist, wie mit dieser Situation umgehen. Üblicher Weise wird die Bewältigung konfliktorischer Situationen dem Lehrkörper aufgebürdet, d.h. in Wirklichkeit bleiben die Schulen mit der Lösung dieser Probleme allein auf sich gestellt, ohne dass sie auf zusätzliches ausreichendes soziopädagogisches, psychopädagogisches etc. Fachpersonal zugreifen können. Auf jeden Fall ist aktuell die temporäre schulische Betreuung der Schulpflichtigen die wichtigste Aufgabe. „Temporär“ kann einige Monate bis Jahre bedeuten. Am vordringlichsten erscheint aber psychosoziale Betreuung der Kinder und Jugendlichen (aber auch und der Erziehungsberechtigten, in der Regel Mütter) hinsichtlich ihrer kriegs-/fluchtbedingten Traumata. In Österreich haben wir für die psychosoziale Betreuung viel zu wenig ausgebildetes Personal. Daher wird verschiedentlich vor Ort versucht Russisch / Ukrainisch sprechendes Fachpersonal aus den Reihen der Flüchtlinge zu rekrutieren, wo dies nicht erfolgversprechend erscheint, qualifizier-

te Sprachmittler zusätzlich zum einheimischen Fachpersonal zu finden. Insgesamt konzentrieren sich die zu ergreifenden Maßnahmen auf folgende „Baustellen“:

- Die Schulbehörden, allen voran das zuständige Ministerium müssen sich erst sortieren, um die Situation zu meistern. Da ist die Rede von den sog. „Deutschförderklassen“⁸ (die sich nicht wirklich bewährt haben, die das Bildungsministerium trotzig – entgegen einschlägigen Erfahrungen sowie abschlägigen Meinungen von Fachleuten als pädagogisches Modell als „sinnvoll“ andient) und einem „Buddysystem“, von dem aber noch nicht klar ist, wie es eigentlich funktionieren soll. Hingegen vor Ort, d.h. an einigen Schulstandorten gibt es interessante Lösungsansätze und Initiativen. So ist die Einbindung ukrainisch-/russischsprachiger Personen (vorwiegend Frauen, einige mit pädagogischer oder psychologischer Ausbildung) mit entsprechenden Dienstverträgen ausgesprochen zielführend. Wo es möglich ist, sind multiprofessionelle Teams (DaZ-Lehrer, muttersprachliche Pädagogen, Psychologen usw.) ein wichtiger Lösungsansatz. Interessant sind in Wien die sog. Neu-in-Wien-Klassen (an anderen Schulstandorten in den Bundesländern gibt es ähnliche Versuche) mit einer muttersprachlichen und einer DaZ-Lehrkraft, also Tandem-Modelle, die den konkreten pädagogischen Anforderungen angepasst werden. Selbstverständlich müssen diese Versuche erst ihre Bewährungsprobe ablegen, aber und das ist ihre Stärke, da sie autonom entstanden und in ihrer Struktur sehr flexibel sind, können sie auch leicht verändert und angepasst werden.
- Die Beschulung der Schulpflichtigen umfasst zweierlei Aufgabenbereiche / Anforderungen, sich aus der Frage Rückkehr vs. Integration ergeben. Für diejenigen, die eine Rückkehr nach dem Ende der Krise konkret ins Auge fassen, ist eine Integration ins österreichische Schulwesen – insbesondere mit dem Erwerb des Deutschen als Bildungssprache – von sekundärer Bedeutung. Hier geht es in erster Linie um die Vermittlung ukrainischen Lehrplänen konform gehender Unterrichtsinhalte. Dieses Ziel ist zu erreichen, wenn entsprechendes ukrainisch-/russischsprechendes Lehrpersonal den Unterricht durchführt, ggfls. in Begleitung von aus der Ukraine geleiteten Programmen im Distance-Learning-Modus. Allerdings muss dafür auch eine entsprechende technische Ausstattung (PC, Internetverbindung, Drucker udgl.) sicher gestellt werden. Die wenigsten Flüchtlinge haben ihre Notebooks, u.ä. mitgenommen, ihre Mobiltelefone sind für den Online-Unterricht wenig geeignet. Für diejenigen Flüchtlinge mit Bleibeoption ist hingegen die Integration in das österreichische Bildungssystem vordringliches Ziel. Und damit der Erwerb der Bildungssprache Deutsch. Bevorzugt wären Lehrkräfte mit der entsprechenden Ausbildung in DaF / DaZ einzusetzen, oder Lehrkräfte, die in der Fächerkombination das Unterrichtsfach Russisch haben, sie können die Kommunikation wesentlich vereinfachen und sich bei der Beseitigung von Unklarheiten einbringen. Der Einsatz von ukrainisch-/russischsprachigen Lehrkräften hat einen ganz gewichtigen Vorteil: Sie können bei der Aufarbeitung traumatischer Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle übernehmen.
- In der Tschechischen Republik (aber nicht nur dort) zeichnet sich ein Zerbröckeln der Solidarität – vorerst entlang einer Neiddebatte – ab, was sich zunehmend auch in Konflikten in den Schulen niederschlägt. Von vereinzelt Fällen wurde auch schon in Wien berichtet. Die Bemühungen um Verhinderung eines „Krieges im Klassenzimmer“ stehen in einem breiteren Kontext des Aufgabenfeldes der politischen Bildung. Nur unsere Eltern- und Großelterngeneration hat erlebt, was Krieg bedeutet, für die Schülergeneration ist Krieg kaum vorstellbar (außer vielleicht als Zerrbild in Compu-

⁸ Gero Fischer: Integrationsverweigerung? Integrationsverweigerung! (2018)
In: Forum für Hochschuldidaktik und Hochschulpolitik (univie.ac.at)

terspielen). Dagegen hat sich das Kriegsgrauen, vor dem die Kinder und Jugendlichen, die aus der Ukraine geflohen oder vertrieben worden sind, in ihre Lebenserfahrung, eingegraben. Bei allen Kindern und Jugendlichen (einheimischen wie Flüchtlingen) gibt es viel Erklärungsbedarf, sie sind verunsichert, desorientiert, brauchen Antworten. Die Fragen den Krieg betreffend müssen thematisiert und bearbeitet werden, vor allem auch deshalb, weil insbesondere in den sozialen Medien Hetze und Desinformation sachliche Auseinandersetzung zunehmend erschweren. Es ist Aufklärung zu leisten über Formen und Wirksamkeit von Kriegsrhetorik, Kriegshetze, über die Sprache der Kriegspropaganda udgl. Zu verhandeln sind Fragen wie: Was ist Krieg? Was ist Gewalt? Wie sieht friedliche Konfliktlösung aus? Wodurch unterscheiden sich demokratische gesellschaftliche Strukturen von autoritären? Was ist Zivilgesellschaft? Was bedeutet Frieden vs. Waffenstillstand, Friedensvertrag, Kriebsrecht, Landkriebsordnung, Kombattant, Kriegsgefangene, Dissens, demokratische Konfliktaustragung, usw. usf. Diese Grundfragen können angesichts der besonderen Aktualität im Sinne einer breiten politischen Bildung interpretiert und erklärt werden.

Schlussbemerkungen

Rückkehrperspektiven der Geflohenen sind abhängig von der Dauer der Krise, von dem Zustand, in dem die Ukraine nach dem Krieg aussehen wird, ob es Wiederaufbauhilfen gibt, etc. Die materiellen Schäden belaufen sich schon derzeit auf atemberaubend hohe Summen. Die Ukraine zählte schon vor der russischen Invasion zu den ärmsten Ländern Europas, wie es um die ukrainische Wirtschaft steht, braucht man sich angesichts der systematischen Zerstörungen keine Illusionen zu machen. Putins Krieg wird mehrere Verlierer hinterlassen: die jungen Menschen in der Ukraine und in Russland, aber auch in Weißrussland. In einem Sinne wird Putin in die Geschichte der Ukraine eingehen: Er hat de facto (nicht willentlich) die ukrainische Nationsbildung beschleunigt und gefestigt.

Putin hat einen Krieg angezettelt, der letztlich nicht nur gegen die Ukraine gerichtet ist. Sergej Loznitsa (ukrainischer Dokumentarfilmer, geb. in Belarus, in Kyjiv aufgewachsen, Studium an der Filmhochschule in Moskau, lebt in Berlin) ist wohl zuzustimmen, wenn er meint: „Dieser Krieg wird nicht nur gegen die Ukraine geführt, vielmehr gilt die Kriegserklärung ganz Europa, sie trifft die liberalen westlichen Demokratien in ihrem Wesen. In der Ukraine findet ein ideologisch motivierter Krieg statt. Für Putins Russland, das ein despotischer Staat ist, aufgebaut auf Tyrannei, stellen die westlichen Demokratien eine Bedrohung dar. [...] Dieser Krieg kann nur mit der Kapitulation der Russischen Föderation beendet werden, mit einem Kollaps des herrschenden Regimes, einem Regierungswechsel in Moskau.“⁹ Mit dieser Ansicht steht Loznitsa nicht alleine. Dazu muss aber auch Folgendes mitgedacht werden: Ist das ukrainische Narrativ vom militärischen Sieg über Russland realistisch? Und was heißt „Sieg der Ukraine“ in diesem Konflikt? Im Augenblick ist der Zuspruch zu Putins Politik in der Bevölkerung Russlands als Trotzreaktion auf die westlichen Sanktionen und infolge des Dauerbombardements der durch die Regierungspropaganda kurzfristig sogar noch gestiegen, auch der Rubel hat sich gefestigt udgl. Eine kurzfristig kriegsverkürzende oder gar beendende Wirkung zeigen die bisherigen Boykottmaßnahmen des Westens noch nicht. Das Instrument der Sanktionen ist auch deshalb begrenzt, weil es nicht kompromisslos umgesetzt wird bzw. werden kann. Längerfristig werden die Folgen des Wirtschaftskrieges aber zweifelsohne wirksam werden, Russland wird sich noch Jahrzehnte lang an den direkten und indirekten Kosten der „Spezialoperation“ abarbeiten müssen (wozu noch der Anteil am Wiederaufbau der Ukraine kommen wird). Bleibt die Unterstützung der Ukraine mit Waffen aus dem Westen und da die

⁹ Sergej Loznitsa: „Die Kriegserklärung gilt ganz Europa“. In: Wiener Zeitung, 1.4.2022, S. 17

Frage, ob sie ausreicht und nicht letztlich zu spät kommt? Wird dabei das militärische Potenzial Russlands nicht unterschätzt?

Es verlassen zunehmend junge Wehrdienstpflichtige Russland um nicht zum Kriegsdienst eingezogen zu werden. Sie benötigen vor Putins Repression Schutz, der ihnen (durchaus als offensives Angebot) im Westen gewährt werden kann.

Die Ukraine hat im Westen in den ideologischen Auseinandersetzungen die Meinungsführerschaft übernommen. Trotzdem darf das ukrainische politische Narrativ nicht ungeprüft übernommen werden. Bei den derzeitigen militärischen Entwicklungen und vermuteten Kriegsverbrechen sind unparteiische internationale Beobachter(institutionen) notwendig, um zu klären, was Sache ist. Auch die weißrussische Politelite ist zur Verantwortung wegen Mittäterschaft zu ziehen (die Regierung hat zugelassen, dass vom weißrussischen Territorium aus der Angriffskrieg gegen die Ukraine geführt wird). Es gilt auf empiriegestützter Grundlage Ideologie, Propaganda von der Realität zu trennen, um solide unstrittige, bis ins Detail belegbare Vorarbeiten für allfällige internationale Gerichtsverfahren zu leisten. Da ist schon einiges auf dem Wege – ein Problem bleibt: Der Kreml akzeptiert Untersuchungen dieser Art nicht und lehnt sie als einseitige westliche Fakekonstruktionen zur Schädigung Russlands ab. Der russischen Staatspropaganda ist es gelungen, NS-Terminologie für ihre eigenen Zwecke zu besetzen und daraus eine für alle verbindliche Staatsdoktrin zu machen und kann sich dabei auf eine gleichgeschaltete Meinungslandschaft und einen ausgebauten Repressionsapparat stützen. Die Sprache der Führungsschicht im Kreml trieft von Hass auf demokratische Strukturen, rassistischen und offen faschistischen Auslöschungs- und Vernichtungsphantasien (nicht nur) gegenüber der Ukraine. Seit seinem Machtantritt hat Putin (d.h. seit etwa 20 Jahren) systematisch sich faschistisches Gedankengut (formuliert von I. Iljin, L.N. Gumiljöv, A.A. Prochanov, S. Ju. Glaz'ev, dem Izborsk-Klub u.a.) zu eigen gemacht und den Umbau der Staatsführung an dieser Ideologie ausgerichtet.¹⁰ Diese Version des russischen Faschismus wird von westeuropäischen rechtsextremen politischen Parteien und Gruppierungen rezipiert und insbesondere in den sozialen Medien weiter getragen, in die auch die krudesten Verschwörungstheorien Eingang finden.

Der Krieg hat in der Ukraine und in Russland nationalistische Bewegungen, faschistoide Denkmuster gestärkt, die Stolpersteine auf dem Weg zur Normalität und der Annäherung an Europa sowie der Aussöhnung darstellen. Für einen Neuanfang in der gesamten Region ist nicht nur wirtschaftliche sondern insbesondere demokratisch-politische Aufbauhilfe durch den Westen zu leisten. Die herrschende Politik muss mit dem nationalistischen, chauvinistischen und imperialistischen Machtphantasien brechen, es müssen eigene dunkle Flecken in der Geschichte aufgearbeitet statt vertuscht werden. Dass es hinsichtlich der Bekämpfung eines ukrainischen Nationalismus großen Handlungsbedarf gibt, steht außer Frage (vgl. die offiziellen Proteste Kiews in Richtung Papst wegen der Kreuzwegprozession, bei der eine ukrainischen und eine russische Familie gemeinsam das Kreuz trugen, klar, noch schlimmer ist das Gebet des Patriarchen von Moskau Kyril I für den Sieg u.dgl.).

Viele Kommentatoren sind sich einig, dass die autoritären Regime in Russland und in Belarus nur von selbst kollabieren können, so ist die individuelle Flucht aus diesen Ländern schon ein Anzeichen: Wer konnte (vor allem junge, qualifizierte Menschen), hat Russland schon den Rücken gekehrt. Auch Belarus, das bemerkenswerte Entwicklungen in der IT-Branche gemacht hat (man sprach von einem weißrussischen Silicon-Valley), haben viele junge Fachleute verlassen, weil sie das dortige autoritäre Regime nicht mehr ausgehalten haben. Der Krieg wird Russland in der Entwicklung sozioökonomisch, kulturell und politisch um Jahrzehnte zurückwerfen. Auch die russisch-orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) hat sich mit ihrer Kriegshetze und einseitigen Parteinahme für Putins Krieg klar ins Abseits gestellt. Damit Russland den Anschluss an Europa schafft, braucht es einen fundamentalen Wandel hin zu

¹⁰ Siehe dazu ausführlich Timothy Snyder, FN 5

Liberalität, Humanität, Demokratie, Abkehr vom Imperialismus etc. Auch in der Ukraine und in Belarus müssen autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen überwunden und abgeworfen werden, damit längerfristig eine Zukunft in Frieden und Wohlstand für alle, die in diesen Ländern leben, möglich wird. T.G.Ash¹¹ tritt dafür ein, die Ukraine zu stärken, in ihrer Staatlichkeit, beim Wiederaufbau und der Integration in die EU. Damit würden nationalimperialistische Ambitionen Russlands (Wiederherstellung des russischen Imperiums) unterlaufen und gestoppt. Eine prosperierende und erfolgreiche Ukraine könne langfristig einen Katalysator für die Demokratisierung Russlands darstellen. Ein demokratisches Russland – so die Utopie – würde auch Platz in Europa finden. T.G. Ash schließt dann sogar eine Mitgliedschaft Russlands in der Nato nicht aus. Selbstverständlich müssen die Demokratiedefizite, Mängel in der Rechtsstaatlichkeit auch innerhalb der EU beseitigt werden (Polen, Ungarn, Bulgarien, etc. sowie in den Kandidatenländern des Westbalkan).

Noch eines: Wenn auch in der Medienberichterstattung die Ukraine dominiert, so ist klar geworden, dass dieses Land, seine Kultur ein weitgehend unbekanntes – bzw. präziser formuliert: ignoriertes – Territorium darstellt. Kulturschaffende aus der Ukraine sind bis auf wenige Ausnahmen unbekannt, in Konzertsälen sind Titel ukrainischer Provenienz ausgesprochene Raritäten, usw. D.h. auf diesem Gebiet gilt es im Westen einiges nachzuholen.¹²

Alles in allem: Ein Jahrhundertprojekt.

Wien, Februar – April 2022

¹¹ Der Westen ist wieder da. (9.4.2022) <https://www.pressreader.com/austria/der-standard/20220409/281582359159712>

¹² Vgl. dazu: Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder – Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2017